

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Omid Najafi, Stephan Bothe und Peer Lilienthal (AfD)

Kriegswaffen, Rüstungsgüter, Nachschubwege, Ausbildung: Wohin liefert Niedersachsens Rüstungsindustrie? (Teil 1)

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi, Stephan Bothe und Peer Lilienthal (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 17.03.2023

Im bundesdeutschen Ländervergleich der Rüstungsindustrie lag Niedersachsen im Jahr 2022 an erster Stelle, sowohl bei Umsätzen als auch nach Zahl der Waffenexport-Genehmigungen für ansässige Hersteller. Firmen wie Rheinmetall mit dem Standort Unterlüß erwarten eine hohe Nachfrage, verstärkt durch den Anfang 2022 ausgebrochenen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.

Noch im Jahr 2018 verwies die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung eines Abgeordneten der Fraktion der AfD (Drs. 18/1979) bezüglich der Waffenexporte niedersächsischer Unternehmen auf die Zuständigkeit des Bundes und erklärte, keinerlei Daten über Exportzahlen, Exportgenehmigungen, Umsätze und Verträge zu haben.

Im Jahr 2019 reichte die Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen zwei Entschließungsanträge ein, die auf eine Verringerung von Waffenexporten aus Niedersachsen zielten. So wurde zunächst gefordert, ein „Niedersächsisches Rüstungsindustrie-Kataster“ einzurichten, um alle Rüstungs- und Technologie-Exporte aus Niedersachsen zu erfassen (Drs. 18/2894). Dieselbe Fraktion forderte mit dem Antrag „Keine Beteiligung niedersächsischer Unternehmen an Waffenexporten in Krisen- und Konfliktregionen“ (Drs. 18/344), am Rheinmetall-Standort Unterlüß die „Waffen- und Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete grundsätzlich und mit sofortiger Wirkung einzustellen“ und einen Bericht über die gelieferten Waffen, Munition und sonstigen Anlagen vorzulegen.

Vor einem Jahr verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz, für Investitionen und Rüstungsvorhaben der Bundeswehr ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro bereitzustellen. Im Juni 2022 stimmten Bundestag und Bundesrat diesem Kredit-Etat zu. In der Anfangszeit des Russland-Ukraine-Krieges lieferte der Bund vorrangig Rüstungsgüter an die Ukraine, die keiner Genehmigung im Rahmen des Kriegswaffenkontrollgesetzes unterliegen. Inzwischen ist der Bund zur genehmigungspflichtigen Lieferung schwerer Kriegswaffen, der Gepard- und Leopard-Panzer, übergegangen.

Derzeit werden in Niedersachsen sowohl Angehörige der ukrainischen Streitkräfte an Panzern ausgebildet¹ als auch schwere Waffen aus den USA über niedersächsische Verkehrswege mit dem Ziel Ukraine weiter transportiert, darunter Bradley-Panzer und MaxxPro-Transporter.²

1. Warum war es der Landesregierung im Jahr 2018 nicht möglich, Daten abzufragen oder zu generieren, die beim Bundeswirtschaftsministerium (jetzt BMWK) oder nachgeordneten Behörden wie dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) vorliegen?
2. Hat die Landesregierung seit dem Jahr 2018 Anstrengungen unternommen, sich in Absprache mit der Bundesregierung und den Bundesbehörden eine eigene Datenlage zu niedersächsischen Rüstungsexporten zu verschaffen?
3. Wie hoch summierten sich die Rüstungsexporte aus Niedersachsen in den Jahren 2017 bis 2022 (bitte aufschlüsseln nach Rüstungsgüter- und Kriegswaffenexporten)?

¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/panzer-leopard-ausbildung-deutschland-ukraine-krieg-russland-100.html>

² <https://www.weser-kurier.de/bremen/in-bremerhaven-werden-hunderte-militaerfahrzeuge-umgeschlagen-doc7owzymud9xyrzd0mh9>

4. Welche Arten von Kriegswaffen wurden von 2017 bis 2022 aus Niedersachsen exportiert und in welche Länder?
5. Welche Arten von Rüstungsgütern wurden von 2017 bis 2022 aus Niedersachsen exportiert und in welche Länder?
6. Teilt die rot-grüne Landesregierung die aktuelle Entscheidung der Bundesregierung, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern?
7. Ist die damalige Initiative der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein niedersächsisches Rüstungsindustrie-Kataster einzurichten, jetzt oder in Zukunft Bestandteil der Planungen der rot-grünen Landesregierung? Wenn ja, in welchem Zeitrahmen soll dieses Kataster eingeführt und umgesetzt werden?
8. Nach welchen Kriterien und mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung zukünftig Waffenexporte in Kriegsländer und Konfliktregionen zulassen oder verhindern? Welche Haltung hat die Landesregierung zu Exporten vom Rheinmetall-Standort Unterlüß?
9. In welchem Umfang ist der Export von Rüstungsgütern aus Niedersachsen bereits für die Jahre 2023 und 2024 genehmigt worden (bitte aufschlüsseln nach Art des Rüstungsguts, Abnehmerland und Geldsumme)?
10. In welchem Umfang ist der Export von Kriegswaffen aus Niedersachsen bereits für die Jahre 2023 und 2024 genehmigt worden (bitte aufschlüsseln nach Art der Kriegswaffe, Abnehmerland und Geldsumme)?